

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
28.10.2015
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Kostenlos parken mit der Ehrenamtskarte
Vorlage: 15/SVV/0623
Fraktion DIE LINKE
 - 3.2 Umsetzung Zukunftsprogramm 2019: Erhöhung des Eintrittspreises für den
Volkspark Bornstedter Feld
Vorlage: 15/SVV/0678
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
+ Äa DIE aNDERE
 - 3.3 Freigabe Spenden Tierheim
Vorlage: 15/SVV/0157
Fraktion DIE aNDERE
 - 3.4 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0743
Fraktion DIE LINKE
 - 3.5 DS 15/SVV/0741, Modellversuch Zeppelinstraße
Antrag DIE LINKE
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen
Vorlage: 15/SVV/0714
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung und FB
Bildung und Sport
 - 4.2 Fortführung des Ver- und Entsorgungsvertrages mit der Energie und Wasser
Potsdam GmbH
Vorlage: 15/SVV/0807
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
 - 4.3 Erhalt des Seesportclubs am Park Babelsberg
Zwischenbericht

- 4.4 Informationen zum aktuellen Sachstand zum Pfingstberg
Darstellung der Ergebnisse der Gespräche mit dem Stiftungsrat
- 4.5 Sachstandsbericht zum Vermarktungskonzept für die Gewerbeflächen im
Bebauungsplan Nr. 129
gemäß Beschluss: 15/SVV/0466
- 4.6 Bericht bzgl. Sammelstellen für Spenden
gemäß Beschluss: 15/SVV/0613
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.10.2015

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende Änderungen vor:

- den Tagesordnungspunkt 3.4, Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam, DS: 15/SVV/0743 **zurückzustellen**, da der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion diesen noch nicht abschließend beraten habe
und
- den Tagesordnungspunkt 4.1, Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen, DS: 15/SVV/0714 **zurückzustellen**, da dieser erst im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt werden solle.

Im Weiteren weist Frau Müller-Preinesberger darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 3.3, Freigabe Spenden Tierheim, DS: 15/SVV/0157 im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung **zurückgezogen** wurde. Da zu diesem Zeitpunkt noch keine Vertreter der antragstellenden Fraktion DIE aNDERE anwesend ist, verbleibt dieser Punkt auf der Tagesordnung.

Der Oberbürgermeister schlägt weiterhin vor, die Tagesordnung um einen „Sachstand Biosphäre“ unter „Mitteilungen der Verwaltung“ **zu erweitern**.

Gegen den vorliegenden Antrag auf Rederecht der Pfingstberginitiative erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 26. Sitzung des Hauptausschusses vom 28.10.2015 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Kostenlos parken mit der Ehrenamtskarte**

Vorlage: 15/SVV/0623

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, diesen Antrag abzulehnen.

Herr Krämer schlägt namens der Fraktion DIE LINKE vor, diesen Antrag zurückzustellen und gemeinsam mit der DS 15/SVV/0666, Handwerkerparkausweis, zu beraten. Diesem Vorschlag stimmt auch Herr Schubert zu und merkt an, dass es sich um Ausnahmetatbestände von einer Gebührenordnung handele. Herr Heuer verweist auf einen dritten zu diesem Thema vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE – DS 15/SVV/0723 – kostenlose Nutzung des ÖPNV mit der Ehrenamtskarte und fordert die Benennung von Deckungsquellen.

Herr Finken plädiert für eine **Zurückstellung** und die vorgeschlagene gemeinsame Beratung. Dabei gehe es insbesondere bei dem Parken für Handwerker nicht um eine Befreiung, sondern um ein Verfahren zur Vereinfachung.

Die **vorgeschlagene Verfahrensweise** wird vom Oberbürgermeister zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 2

zu 3.2 **Umsetzung Zukunftsprogramm 2019: Erhöhung des Eintrittspreises für den Volkspark Bornstedter Feld**

Vorlage: 15/SVV/0678

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
+ Äa DIE aNDERE

Die Ausschüsse für Finanzen sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfehlen, diesem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass der vorliegende Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE aus seiner Sicht nicht zulässig sein könne, da er den ursprünglichen Antrag ins Gegenteil verkehre. Trotzdem werde er ihn formal zur Abstimmung stellen:

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE wird mit 11 Nein-Stimmen, bei 4 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung **abgelehnt**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Im Zuge der Umsetzung des Zukunftsprogramms 2019 (2014/SVV/1090) wird der Eintrittspreis für die Tageskarte normal / Sommertarif für den BUGA-Volkspark von 1,00 € auf 1,50 € heraufgesetzt.

Der Entwicklungsträger Bornstedter Feld wird in seiner Funktion als Geschäftsbesorger beauftragt, die erforderlichen Schritte zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

zu 3.3 Freigabe Spenden Tierheim

Vorlage: 15/SVV/0157

Fraktion DIE aNDERE

Antrag zur Geschäftsordnung:

Herr Kirsch beantragt, diesen Tagesordnungspunkt nicht aufzurufen, da der Antrag im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung **zurückgezogen** wurde. Sollte sich dies nicht bestätigen, so könne er in der nächsten Hauptausschusssitzung am 09.12.2015 beraten werden.

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass es im Tierheimrat ein 50:50-Votum zum Vorschlag der Verwaltung, die Ausreichung der Spenden in einer Förderrichtlinie zu regeln, gegeben habe. Die Verwaltung favorisiere diese Richtlinie, weil es sich hier um eine rechtlich schwierige Situation handele; letztlich müsse aber die Stadtverordnetenversammlung darüber entscheiden.

Herr Schubert spricht sich für eine Zurückstellung bis zur Klärung dieser Frage aus, auch um den Aufwand in der Verwaltung zu minimieren.

Abstimmung:

Der Antrag auf **Zurückstellung** wird einstimmig **angenommen**.

zu 3.4 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 15/SVV/0743

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 3.5 DS 15/SVV/0741, Modellversuch Zeppelinstraße

Antrag DIE LINKE

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen.

Darauf Bezug nehmend betont Herr Dr. Scharfenberg, dass ihn das überrasche. Mit der DS 15/SVV/0620 habe die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Rathauskooperation neben vielen Maßnahmen auch die Verengung der Fahrspuren beschlossen. Danach gab es die Proteste aus Potsdam-Mittelmark (PM), die die Fraktion DIE LINKE veranlasst habe, die Aufhebung des Punktes 4, 1. Anstrich, zu beantragen und in Abstimmung mit PM eine gemeinsame Entscheidung zu treffen. Er plädiert dafür, ein abgestimmtes Vorgehen zu wählen und mit einem geänderten Beschluss kenntlich zu machen, dass die Stadt für Vorschläge aus PM offen sei.

Herr Schubert verweist auf die erst kürzlich von PM wieder abgesagte gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss – scheinbar sei eine einvernehmliche Lösung gar nicht gewollt. Nach dem Modellversuch werden alle „schlauer“ sein und mit objektiven Zahlen eine finale Entscheidung treffen können.

Herr Goetzmann betont, dass die Verwaltung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr darüber informiert habe, den Beschluss 15/SVV/0620 im Detail umzusetzen und die vielen Teilmaßnahmen in ein Handlungsprogramm zu legen – wozu auch Gespräche mit PM gehören.

Herr Exner ergänzt, dass es auf Arbeitsebene mehrere Initiativen und Gespräche gebe, u.a. über den gesamten „Korridor nach Süd-West“, die Verkehrsströme sowie die Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV. Entsprechende Maßnahmen werden dringend benötigt und da sitze auch PM „mit im Boot“. Ziel sei es, ein Gesamtpaket zu schnüren. Im Ergebnis finde eine „Menge“ statt und die Aussage, die Verwaltung rede nicht mit dem Landkreis, sei völlig unzutreffend.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der Beschluss am 07.10.2015 ohne Abstimmung mit PM gefasst worden sei – mit dem jetzigen Antrag solle versucht werden, das zu glätten. Für ihn stelle sich die Frage, ob die Stadtverordneten auf die Gespräche auf Arbeitsebene vertrauen sollen. Es gebe die Möglichkeit, den vorliegenden Antrag zurückzustellen und nach erfolgten Gesprächen zu informieren, ob das alles tatsächlich so stattfindet, wie hier vorgetragen.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass eine gemeinsame Sitzung erst dann Sinn mache, wenn erste Ergebnisse vorliegen, um eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu haben. Dem folgend schlägt Herr Schubert vor, den Antrag bis zum Abschluss der Gespräche zurückzustellen und danach noch einmal aufzurufen.

Herr Schüler spricht sich dagegen aus; dies mache keinen Sinn, da es zunächst darum gehe, den Auftrag an die Stadtverwaltung umzusetzen, die Schadstoffbelastung zu minimieren. Die Gespräche seien davon unabhängig. Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass es eine eindeutige Beschlusslage gebe und sich daran auch nichts ändere, wenn der Antrag zurückgestellt werde.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen

Vorlage: 15/SVV/0714

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung und FB Bildung und Sport

zurückgestellt

zu 4.2 Fortführung des Ver- und Entsorgungsvertrages mit der Energie und Wasser Potsdam GmbH
Vorlage: 15/SVV/0807

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Böhme, Stadtwerke, und bittet Herrn Exner, die Mitteilungsvorlage einzubringen. Anschließend erläutert Herr Böhme an Hand einer Power-Point-Präsentation die Maßnahmen zur stabilen Ver- und Entsorgung bis zum Jahr 2030, die Schwerpunkte und Projekte. Er erläutert ausgewählte Wasserprojekte und verweist auf das Investitionsvolumen von 230 Mio. Euro bis 2030.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass hinter den Ergebnissen und Zielen eine enorme Leistungsfähigkeit des Unternehmens stecke, die Anfang der 90er Jahre nicht selbstverständlich gewesen seien. Ebenso sei die stabile Preisgestaltung kein Selbstlauf.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Erhalt des Seesportclubs am Park Babelsberg
Zwischenbericht

Der Oberbürgermeister informiert, dass es diesbezüglich viele beteiligte Akteure gebe und man jetzt dabei sei, diese mit den unterschiedlichsten Interessen aufeinander abzustimmen bzw. erst einmal die der Verwaltung, wie z.B. des Bereiches Sport und der Bäderlandschaft, zusammenzutragen.

Anschließend werde es weitere Gespräche mit der Schloßerstiftung geben und soweit möglich einen Zwischenbericht im März 2016 im Hauptausschuss.

Er habe die Gelegenheit gehabt, im Stiftungsrat dazu vorzutragen. Der Sachstand sei dort zur Kenntnis genommen und das Interesse an einer einvernehmlichen Lösung bekundet worden.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, ob der Zeitplan so angelegt sei, dass Überschneidungen ausgeschlossen sind, führt er aus, dass die Interessen des Seesportclubs mit einfließen. Das bedeute auch, Ersatzstandorte zu suchen und die Möglichkeit, den Kinder- und Jugendbereich evtl. an dem jetzigen Standort zu belassen.

zu 4.4 Informationen zum aktuellen Sachstand zum Pfingstberg

Eingangs erhält die Pfingstberginitiative das Rederecht, welches durch Frau Schröder wahrgenommen wird. Der Redebeitrag wird auf Wunsch der Initiative der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Im Weiteren verweist Herr Goetzmann auf die in der Hauptausschusssitzung vom 14. Oktober 2015 erläuterten Varianten und die noch nicht genau bezifferten finanziellen Erfordernisse.

In der letzten Woche seien die Varianten im Stiftungsrat grob skizziert dargelegt worden, um ein feedback darüber zu erhalten, ob auf dieser Grundlage eine einvernehmliche Lösung gefunden werden könne. Dies sei so seitens des Stiftungsrates signalisiert worden, so dass die Stadt damit ermuntert wurde, auf dieser Basis weitere Verhandlungen zu führen. Welche Lösung am Ende gefunden werde, sei zu beraten und mit dem Stiftungsrat letztlich abzustimmen. Der Stiftungsrat werde über den Fortgang der Verhandlungen informiert. Letztlich werde dann auch darüber zu entschieden sein, ob und in welchem Umfang sich die Stadt an der Pflege und Unterhaltung beteilige. Seitens der MDB KG habe es

eine Reaktion auf die Vorschläge gegeben, die Anlass für weitere Nachfragen boten, um klare Aussagen zu erhalten. In der nächsten Woche werde dies aufbereitet und ein Entscheidungsvorschlag unterbreitet.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den Redebeitrag der Pflingstberginitiative, in der zum Ausdruck kam, dass sie sich nicht eingebunden fühle und fordert das ernst zu nehmen. Er kritisiert die mit der Variante A verknüpften Erwartungen des Herrn Döpfner und fragt nach dem Zeitplan.

Der Oberbürgermeister betont, dass der Hauptausschuss ein Votum abgeben solle, selbst dann, wenn sich im Ergebnis eine Befreiung vom B-Plan ergibt. Die Pflingstberginitiative werde einbezogen, sobald sich eine Ergebnis oder eine Empfehlung abzeichne. Ziel sei die Hauptausschusssitzung am 20.01.2016.

Herr Goetzmann betont, dass die Schwierigkeit darin bestehe, nicht in einem Wechselverhältnis Stadt-Beteiligter zu stehen, sondern hier ein Grundstück der Stiftung einem Dritten zu bestimmten Konditionen zur Verfügung gestellt werde. Damit bestehe kein bilaterales Verhältnis, was insbesondere auch für die Einbeziehung der Pflingstberginitiative entscheidend sei.

Die Stadt, so der Oberbürgermeister, könne nur versuchen, die Akteure zu einer Einigung zu bewegen, die den Interessen der Stadt weitgehend nahe kommen. Dies aber nicht um den Preis, dass die Stadt dafür die Kosten trage.

zu 4.5 Sachstandsbericht zum Vermarktungskonzept für die Gewerbeflächen im Bebauungsplan Nr. 129 gemäß Beschluss: 15/SVV/0466

Hierzu informiert Herr Frerichs, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung, dass es konkurrierende Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung gebe. Gemäß Beschlussvorlage 14/SVV/0936 „Weiterentwicklung des Wissenschaftsparks Potsdam-Golm zu einem Wissenschafts- und Technologiepark“ vom 5.11.2014 sei ein langfristiges Entwicklungskonzept für den Wissenschaftspark und gemäß Beschlussvorlage 15/SVV/0466 „Vermarktungskonzept für die Gewerbeflächen im Bebauungsplan Nr. 129“ ein kurzfristiges Vermarktungskonzept für Teilflächen des Wissenschaftsparks zu erarbeiten.

Zum aktuellen Stand führt er aus, dass im Zeitraum vom 1. Dezember 2014 bis 24. Juli 2015 mit Hilfe von EU-Fördermitteln für den Wissenschaftspark eine vergleichende Analyse mit skandinavischen Innovationszentren erarbeitet worden sei, die durch ein Gremium mit Vertretern der von Landesministerien, Institutionen (ILB, ZAB) und der Landeshauptstadt Potsdam sowie unter Einbeziehung der Anrainer (Universität, Forschungseinrichtungen) und internationaler Experten begleitet und gesteuert wurde. Ziel sei es gewesen, konkrete Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung des Wissenschaftsparks Potsdam-Golm zu einem international führenden Innovations- und Investitionsstandort abzuleiten. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden am 11. September 2015 vorgestellt. Auf dieser Basis vereinbarten die beteiligten Institutionen, gemeinsam ein Entwicklungs- und Umsetzungskonzept (Road Map) für den Wissenschaftsparks Potsdam-Golm zu erarbeiten und damit konkrete Ziele und Maßnahmen für die kommenden Jahre zu definieren. Die Erarbeitung der Road Map soll Anfang 2016 abgeschlossen sein. Mit der Erarbeitung eines Vermarktungskonzepts soll – aufbauend und als Bestandteil des Road Map Prozesses – voraussichtlich in der 1. Jahreshälfte 2016 begonnen werden.

Das im Jahr 2009 für den Wissenschaftspark erarbeitete **Standortentwicklungskonzept** habe in seinen Kernaussagen (z.B. hinsichtlich

Zielgruppen- und Maßnahmendefinition u. ä.) bis heute Gültigkeit. Bis zur Fertigstellung des neuen Vermarktungskonzeptes werden derzeitige Vermarktungsaktivitäten auf der Basis des bestehenden Vermarktungskonzeptes aus dem Jahr 2009 fortgeführt.

Eine erste große Vermarktungskampagne habe bereits im Jahr 2013 stattgefunden. Im Rahmen dieser seien zentrale Grundlagen für die Vermarktung geschaffen worden. Allerdings sei davon auszugehen, dass die Vermarktung der Flächen ein mittel- bis langfristiger Prozess ist; kurzfristige Erfolge seien nicht realistisch. Außerdem seien die Flächen im Immobilienkatalog der Landeshauptstadt Potsdam und auf der Expo Real 2015 in München beworben und angeboten worden.

Auf Bitte des Oberbürgermeisters geht er im Weiteren auf die räumliche Erweiterung des GO IN ein und informiert, dass es den Bedarf für weitere 10.000 m² Fläche gebe und derzeit mit dem Land über die Überlassung von Flächen verhandelt werde. Auf Nachfrage von Herrn Kirsch führt er aus, dass die Kosten noch nicht konkret beziffert werden können, da das Land die Flächen noch nicht zur Verfügung gestellt habe.

zu 4.6 Bericht bzgl. Sammelstellen für Spenden gemäß Beschluss: 15/SVV/0613

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass es ein Angebot für einen Mietvertrag ab 01.12.2015 für die Haeckelstraße gebe sowie die Zusage vom Jobcenter, entsprechende Stellen zur Verfügung zu stellen. Das bedeute, dass es einen Stellenaufwuchs im Stellenplan der Landeshauptstadt Potsdam geben werde. Für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27. Januar 2016 werde eine Beschlussvorlage dazu vorgelegt, so dass die Arbeitsverträge ab 01.02.2016 wirksam werden können. Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter bestätigt sie, dass die Aufstockung des Personals durch den Bundesfreiwilligendienst und die Einbeziehung von Flüchtlingen im Rahmen von gemeinnützig, zusätzlicher Arbeit (gzA) angedacht sei. Bereits im Dezember soll schon eine Spendenannahme über Ehrenamtler und im Rahmen von gzA ermöglicht werden.

neu Sachstand Biosphäre

Herr Weise, Leiter der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen, informiert über den **Sachstand zur Biosphäre** und verweist darauf, dass mit dem Beschluss vom 21.01.2015 zwei Varianten unter bestimmten Bedingungen weiter zu verfolgen waren.

Das betreffe zum einen die Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens, was auch erfolgt sei. Im Rahmen dessen habe es 16 Nachfragen und potenzielle Konzepte gegeben. So u. a. für Indoorsportaktivitäten, allerdings ohne Übernahme der notwendigen Umbaukosten sowie von einem privaten Schulträger, allerdings auch hier mit Abweichungen von den Vorgaben. Insgesamt habe es mit den Interessenbekundungen interessante Themenvorschläge gegeben, aber keine, die die Forderungen direkt erfülle. Deshalb sei die Gelegenheit eingeräumt worden, die Angebote bis 25.11.2015 zu qualifizieren.

Für die zweite favorisierte Variante „Haus in Haus“ werde das Konzept bis Dezember 2015 vorliegen und die Ergebnisse im Januar 2016 präsentiert. In der Sitzung am 02. März 2016 könne die Stadtverordnetenversammlung dann über

das weitere Vorgehen entscheiden.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, einen Zwischenbericht in der Hauptausschusssitzung am 06. Januar 2016 zu geben und davon das weitere Verfahren abhängig zu machen, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5 Sonstiges

Minimierung der Anzahl der Hauptausschussmitglieder

Der Oberbürgermeister verweist auf die Verabredung in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (StVV), das Anliegen der Fraktion DIE LINKE, die Anzahl der Hauptausschussmitglieder auf 15 zu reduzieren, im Hauptausschuss zu thematisieren.

Im Weiteren führt Frau Krusemark, Fachbereichsleiterin Recht und Personal, dazu aus, dass ein entsprechender Beschluss der StVV vom Oberbürgermeister zu beanstanden wäre, da gemäß § 49 BbgKVerf die Anzahl der Sitze zu Beginn der Wahlperiode in der konstituierenden Sitzung festzulegen sei. Diese Regelung zielt auf die Wahrung der Kontinuität, wobei Ausnahmen grundsätzlich möglich seien, insbesondere wenn die Spiegelbildlichkeit nicht mehr gegeben ist. Dies sei z.B. in der vergangenen Wahlperiode im Ergebnis des Streits um die Fraktionsstärke der Fall gewesen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass diese Argumentation weder in der Gesetzesbegründung noch in der Kommentierung der Brandenburgischen Kommunalverfassung zu finden sei. Bezüglich der Spiegelbildlichkeit gebe es auch Gerichtsentscheidungen, dass die Anzahl der Hauptausschusssitze einem Viertel der StVV entsprechen solle.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den für die nächste Sitzung der StVV vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE in den Hauptausschuss zu überweisen und mit der Kommunalaufsicht die formalen Voraussetzungen für eine Minimierung der Anzahl grundsätzlich zu klären.

Einwohnerfragestunde

Herr Kümmel schlägt zu den vorliegenden Einwohnerfragen folgendes Verfahren vor:

Die Fragen 1 und 10 werden nicht beantwortet, da sie sich auf ein konkretes Grundstück beziehen. Ebenso werden die Fragen 11,12 und 16 nicht beantwortet, da sie nicht den Anforderungen der Richtlinie für die Einwohnerfragestunde entsprechen. Alle anderen Fragen werden durch die Verwaltung beantwortet.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.